

Die Hüttenarbeiterausperrung in Sachfen

Nacht Stunden und nicht länger!

Die Metallarbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke in Gröbzig hatten es abgelehnt, sich dem Schiedspruch in der Hüttenindustrie, der den 9. bis 10-Stunden-Tag bei vollständiger Wiedereinführung der Sonntagsarbeit bringt, zu fügen. Nach 8 Stunden verlassen sie die Betriebe. Ebenso forderten die Arbeiter der Lauchhammerwerke in Riesa die Durchführung des Achtstundentages. Der Schiedspruch in der sächsischen Hüttenindustrie bedeutet, daß z. B. die Arbeiter an den Martinöfen nur drei Sonntage im Jahre frei haben (Ostern, Pfingsten, Weihnachten). Da nur 60 Prozent des Lohnverlustes, der durch Arbeitszeitverkürzung entsteht, ausgeglichen wurde, bedeutet der Schiedspruch eine Lohnsenkung. Obendrein hat die Direktion das Recht, wenn es die „wirtschaftliche Notwendigkeit“ erfordert, die Arbeitszeit weiter zu verlängern. Unter dem Druck der Arbeiter haben nunmehr die Gewerkschaftsführer erklärt, daß der Schiedspruch ungesetzmäßig sei, da er nicht den in der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. Juli verordneten Achtstundentag bringt.

Die Arbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke haben vom DMB verlangt, daß er mit derselben Begründung auch die Metallarbeiter des Rheinlandes zum Kampfe aufrufe. Denn auch die Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe haben den Achtstundentag nicht erhalten. Für die Mehrheit dieser Arbeiter gilt die 57-Stunden-Woche. Die Vertreter des DMB erklärten, daß im Ruhrgebiet 284 000 Arbeiter in Betracht kämen, aber infolge des ungenügenden Organisationsverhältnisses nicht aufgefordert werden könnten, nach 8 Stunden die Betriebe zu verlassen bzw. den Streik durchzuführen. Das ist eine bewußte Zurückführung. Nachdem der Schiedspruch in der Hüttenindustrie gefaßt war und die Industriellen sogar die Durchführung dieses reaktionären Schiedspruches sabotierten, haben die Arbeiter der Stahlwerke in Bochum erklärt, daß nach Durchbrechung des Schiedspruches durch die Industriellen die Arbeiter erst recht keine Veranlassung haben, diesen Schiedspruch einzuhalten. Nach 8 Stunden verlassen sie die Betriebe und verlangten von der Bezirksleitung des DMB die Einbeziehung der anderen Metallbetriebe in den Kampf für die ursprünglichen Forderungen der Metallarbeiter: Achtstundentag, Lohnausgleich, 10 Pfennig Lohn-erhöhung. Was geschah aber? Die Vertreter des DMB reisten nach Düsseldorf und handelten über die Forderungen der Metallarbeiter. Es ist eine Lüge, wenn die DMB-Bureaukratie erklärt, die Metallarbeiter wollen nicht kämpfen. Die Belegschaften der wichtigsten Metallbetriebe haben klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß — wenn der DMB ruft — der Kampf geschlossen aufgenommen wird. Der Kampf um den Achtstundentag in den Bochumer Stahlwerken hat bewiesen, daß auch die Unorganisierten rechtlos den Betrieb verlassen haben. Gerade durch den Kampf um den Achtstundentag, durch Ablehnung des reaktionären Schiedspruches wäre es möglich gewesen, große Teile der Unorganisierten durch die Tat von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen.

Die Direktion der Mitteldeutschen Stahlwerke hat den Kampf der Arbeiter für den Achtstundentag mit der **Ausperrung von 8000 Arbeitern** beantwortet. Die Sozialdemokraten wollen jetzt dieselbe Taktik anwenden wie in Bochum. Das zeigt eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten **Dobbert** im sächsischen Landtag am 19. Januar:

Dobbert richtet an das Arbeitsministerium die Anfrage, ob nicht ein Eingreifen der amtlichen Schlichtungsstelle in diesem Kampfe beabsichtigt ist, wie dies auch bei anderen Wirtschaftskämpfen zu verzeichnen gewesen ist. Es müßte dies aus allgemeinen rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen tun.

Also daselbe Arbeitsministerium, das nichts anderes als ein Organ des Verbandes der sächsischen Industriellen ist und das bisher den Metallindustriellen geholfen hat, den Achtstundentag zu verhindern, soll jetzt nach dem Wunsche der Sozialdemokraten eingreifen. Kein Wort von der Notwendigkeit der Organisation des Kampfes, kein Wort von der Notwendigkeit der Einbeziehung aller gewerkschaftlichen Kampfmitel, kein Wort von der Notwendigkeit der Verbreiterung der Kampffront durch Einbeziehung der Metallarbeiter in der nordwestlichen Gruppe, die gegenwärtig unter den Bedingungen eines gleichen Schiedspruches kämpfen müssen.

Unterbindung von breiten Streikbewegungen, Gebete zum Arbeitsministerium, damit aus „wirtschaftlichen Gründen“ ein Schiedspruch gefaßt wird, das kennzeichnet die reformistische Niederlagenstrategie.

Die Ausperrung in Freital

Wie uns aus Freital berichtet wird, ist es der Direktion der Gießhütte nicht gelungen, auch nur einen einzigen Streikbrecher zu gewinnen. Die Notstandsarbeiter, die von der Direktion in großem Umfange angefordert wurden, haben die Arbeit nicht aufgenommen, weil die Direktion nicht bereit war, der Forderung auf achtstündige Arbeitszeit Rechnung zu tragen. Die Direktion verlangte von den Notstandsarbeitern nicht nur die Arbeitszeit nach dem Schiedspruch, sondern nach der alten Regelung, nach der die Arbeiter 12 Stunden im Betrieb arbeiten sollen. Die Direktion geht jetzt dazu über, die Lehrlinge 10 Stunden arbeiten zu lassen. Die Angestellten haben blaue Sachen bekommen und werden von der Direktion zu Streikbrecherarbeiten herangezogen. Die bisher als Arbeiter oder Arbeiter-tätigen Obermeister des Stahlwerkes sind aus dem Arbeiter-ins Angehörigenverhältnis übernommen worden um sie im Betrieb zu halten. Die aus Oberleuten in den Gießhüttenwerken beschäftigten Obermaurer und Schmelzer haben sich mit den ausgeperrten solidarisch erklärt und sind teils bereits gestern abgereist. Die Oberleuten, auf die teils von der Direktion große Hoffnungen gesetzt wurden, haben sich mit ihren kämpfenden Kollegen solidarisch erklärt. Für heute waren, wie uns mitgeteilt wird, Verhandlungen für die gesamte sächsische Hüttenindustrie vorgesehen. Die Verhandlungen sind aber abgebrochen worden. Unter der Arbeiterschaft der Gießhütte herrscht eine gute Kampf Stimmung. Am Freitag wird erneut eine große Streikversammlung zusammengetreten.

Der Streik der Kanalschiffer

Berlin, 20. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Schlichtungsverhandlungen im Konflikt der westdeutschen Kanalschiffer sind gescheitert. Die Unternehmer lehnten jedes Zugeständnis der Forderungen der Schiffer ab. Der Verhandlungsvorsitzende machte den Arbeitervorstellern als **Verhandlungsvorschlag** unannehmbare Zumutungen in der Lohn- und verlangte den Abschluß auf sehr lange Zeit. Diese Forderungen wurden abgelehnt. Die Verhandlungen wurden **Abgelehnt**. Der Kampf geht weiter und wird **Abgelehnt**.

von den Reedern mit allergrößter Brutalität geführt. Die Schiffer werden mit Polizeigewalt brutal aus ihren Wohnungen an Bord der Schiffe auf die Straßen geweht und sind mit ihrer Habe obdachlos. Der Kampfwillen der Kameraden in der westdeutschen Kanalschiffahrt ist ungebrochen und wird durch die Unternehmerrutalität noch gesteigert. Sie wollen den Kampf bis zum Sieg durchsetzen.

„Neuer Krach im Blut“

Unter dieser Überschrift berichtet gestern die Dresdner Volkszeitung über die Differenzen des Bürgerblods über den 8. 20 des Reichsgerichtes. Die Volkszeitung stellt, wie die gesamte sozialdemokratische und bürgerliche Presse, die Behauptung auf, eine Einigung über die, die Simultananklagen betreffenden Paragraphen sei nicht möglich. Der Bürgerblock befindet sich wieder in einer Krise. Der Jubel über ein neues Bündnis, an dem der Bürgerblock wahrscheinlich in die Brüche gehen würde, war aber verfrüht. Heute wird bereits gemeldet, daß der interfraktionelle Ausschuß der Bürgerblockparteien ein Kompromiß beschlossen hat, dergestalt, daß der Staatsgerichtshof entscheiden soll, auf welche Länder der folgende, von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Antrag zum 8. 20 des Schulgesetzes Anwendung finden soll. Dieser Antrag, den die Volkspartei natürlich nicht gestellt hat, um ihren „Liberalismus“ gegenüber ihren Wählern zu betonen, lautet:

„In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Befreiung nicht getrennte Volksschule noch Gesetz oder Fortkommen besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustande.“

Dieser Antrag soll dazu dienen, die Simultananklage dort, wo sie besteht, zu erhalten. Zudem man die Entscheidung, auf welche Länder dieser Antrag anzuwenden ist, dem Staatsgerichtshof überläßt, ist von vornherein damit zu rechnen, daß die Entscheidung des letzteren nur in futuristischen Sinne, d. h. den Zentralplänen entgegenkommend, fällt.

Wie dem Krach im Bürgerblock unter Sprengung der Regierungskoalition war es also wieder einmal nichts. Die Arbeiterschaft muß den außerparlamentarischen Kampf verstärken. Das Aufheben eines jeden kleinen Konflikts durch die SPD-Presse soll die Arbeiter über die tatsächliche Lage hinwegwähnen und bedeutet nichts anderes, wie eine Unterjochung des Bürgerblods.

Um die Nachfolge Niedners

Während Herat im Reichstag die Klassenjustiz warm verteidigt, bemüht sich der Reichsrat um einen Vorschlag für die Nachfolge von **Niedner**. Natürlich muß es ein Richter sein, der den Kurs nicht ändert. Verfolgung gegen die Kommunisten ist die Hauptsache. Im Reichsrat wurde deswegen der bisherige zweite Senatspräsident **Lorenz**, ein Mann, der den Niedner-Kurs hundertprozentig mitmacht, vorgeschlagen. Da sich aber auch um diesen Posten die Parteien rufen, wurde eine Entscheidung noch nicht gefaßt.

Die linksbürgerliche Presse, wie das Berliner Tageblatt, hatte sich bekanntlich veranlaßt gesehen, gegen die Ernennung des Reichsgerichtsrats **Lorenz** als Nachfolger **Niedners** zu protestieren, da **Lorenz** die verberbliche Rechtsprechung **Niedners** auf dem Gebiete des Hoch- und Landesrats in allen Punkten mitgemacht hat. Zur Verteidigung **Niedners** und des kommenden **Lorenz** erachtet jetzt der „demokratische“ Oberleutnant **Ebermeyer** das Wort. Er lehnt sich für die Wahl von **Lorenz** ein und gibt seinen demokratischen Freunden und zugleich den Sozialdemokraten folgende Hinweise:

„In Wirklichkeit war **Niedner** weder nach der einen noch nach der anderen Richtung hin objektiv; er war weder ein „Kommunistentäter“, noch ein „Schutzpatron der Rechten“. Daß die meisten Urteile des Staatsgerichtshofes, der ursprünglich als Waffe gegen rechts gedacht war, sich gegen links richteten, war ein Treppenviel der Weltgeschichte, aber nicht die Schuld **Niedners**. Wenn man ihn für die angeblich partielle Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes — sie war es niemals — verantwortlich machen will, so vergißt man jenseitig, daß **Niedner** nicht Einzelrichter war, daß vielmehr neben ihm im **EGH** sehr „ausgesprochene Republikaner“ saßen, die sich aber ebenso wie er ihrer Richterplicht wohl bewußt waren und von keinem von ihnen hat man jemals öffentlich oder im Privatgespräch den Vorwurf gehört, daß **Niedner** es an der erforderlichen Objektivität habe fehlen lassen.“

Gegen den Roggenrentenfoucher

Roggenrentenschulden im Rechtsausschuß — Kampf um den Berichterstatter über das Polizeigesetz

Der Rechtsausschuß des Sächsischen Landtags sollte gestern das Polizeiamtengesetz behandeln. Als Berichterstatter war von den Vorstehenden **Genosse Sievert** bestimmt worden. Den Bürgerlichen, einschließlich der KPD, lag aber der Berichterstatter nicht zu. Sie beriefen sich darauf, daß **Genosse Sievert** nicht händiges Ausschussmitglied sei. Der Vorstehende, **Genosse Renner**, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Zulassung eines nicht-händigen Mitgliedes als Berichterstatter nach der Geschäftsordnung zulässig sei. Er lehnte es ab, einen anderen Berichterstatter zu bestimmen. Die Beratung des Gesetzes wurde vertagt, der Vorkommensausschuß soll zu der Frage nun Stellung nehmen.

Neben der Behandlung einiger anderer Anträge stand ein kommunistischer Antrag über die Bewilligung von Darlehen für die Roggenrentenschuldner und die Verhinderung von Zwangsversteigerungen zur Beratung.

Da der Antrag Maßnahmen für die kleinen und mittleren Bauern forderte, da er im Interesse der kleinen Bauern Eingriffe in das Eigentum der Roggenrentenbesitzer forderte, stand die gesamte Front der Regierungsparteien geschlossen gegen diesen Antrag. Auch die SPD wendete sich gegen den Antrag. Ihr Vertreter, **Schulze**, erklärte, die Anträge seien unannehmbar, sie haben unabsehbare Folgen. Man müsse dann auch alle anderen in Not Geratenen unterstützen. Als von anderem Reiner darauf hingewiesen wurde, daß wir es für eine sozialistische Aufgabe betrachten, daß alle in Not geratenen Werktätigen zur Erhaltung ihrer Arbeitsmöglichkeit unterstützt werden müssen, wendete sich **Schulze** dagegen und erklärte, sie unterstützen die Bauern nicht, sie wollen die Arbeiter gewinnen. Der zweite Teil des kommunistischen Antrages richtete sich gegen die jetzige Gesellschaftsordnung und forderte deren Beilegung. Das sei aber unmöglich.

Diese Hinstellung der Sozialdemokraten für die bürgerlichen Parteien wurde von diesen freudig begrüßt. Den Deutschen und den Demokraten waren die Anträge sichtlich un bequem. Sie vertrauen sich nicht, Stellung gegen die arbeitenden Bauern unterstützenden Anträge zu nehmen. Sie verlangten Vertagung, um in den Fraktionen die Anträge zu beraten. Als dann die Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien gegen die arbeitenden Bauern zu Hilfe eilten, fanden die Deutschen und Demokraten den Mut, gegen die Anträge aufzutreten. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurden die Anträge abgelehnt. Die Regierung erklärte, daß sie Maßnahmen ergreifen habe, um Zwangsversteigerungen zu verhindern. Die Roggenrentenschuldner sollen die Zinsen für das tatsächlich erhaltene Kapital zahlen, die Differenz zum letzten Zinsjahre sollte vorläufig die Regierung.

Von Seiten der Reichsregierung sollen weitere Maßnahmen zur Beilegung des jetzigen Zustandes gefordert werden.

Reine Verprechungen für die Mieter.

Einen breiteren Raum nahm auch die Beratung über einige Anträge zur Änderung der Verordnung über den Mieterzuschlag für Gewerberäume ein. Ein sozialdemokratischer Antrag ver-

Milliarden Geschenk für die Großbauern

Die Vorzüge der Großbauern zur Erlangung von Millionenangeboten finden bei der Bürgerblockregierung naturgemäß das größte Entgegenkommen. Die bisherigen Erklärungen des Reichsfinanzministers Schiele, der zugleich im Namen der gesamten Bürgerblockregierung sprach, haben die Unterjochungsbereitschaft der „notleidenden“ Großbauern deutlich zu erkennen gegeben. In der gestrigen Sitzung des Reichshaushaltsausschusses erklärte der Abgeordnete **Kling** (Bauernbund), dem die Zukunftspläne der Bürgerblockregierung noch zu gering schienen, daß man nicht davor zurückzusehen werde, große Erbschaften, Ernterücklagen zu organisieren, bei denen es auch zur Förderung von Finanzämtern kommen könne, wenn dem Verlangen und den Forderungen der Großbauern nicht voll Genüge geleistet werde. Der deutschnationalen Abgeordnete **Jandern** faßte sogar etwas von „Resolution der Landwirte“.

Aus den weiteren Verhandlungen des Haushaltsausschusses war zu ersehen, daß die Bürgerblockregierung drauf und dran ist, Auslandsanleihen ungeführt in einer Höhe von einer Milliarde Mark aufzunehmen, um diese ungeheure Summe als erste Rate der Landwirtschaft zur Unterstützung zu verwenden. Es ist klar, daß diese Millionen Summen fast reiflos in den Händen der großagrarischen Mitglieder des Reichslandbundes hängen werden, während die wirklich notleidenden Kleinbauern von diesem Gelde nichts zu sehen bekommen.

Wenn es sich um kleine Landwirte handelt, dann zeigen die bürgerlichen Parteien ein anderes Gesicht. Das beweisen die gestrigen Verhandlungen des sächsischen Rechtsausschusses, das, sobald Forderungen für Kleinbauern stehen, der Bloß von SPD bis zu den Deutschen Nationalen sich gegen jede Unterstützung wendet.

Weder Aniana — noch Ende

„Das Ende“ — so überschreibt die „Linke“ Chemnitzer Volksstimme einen Vortragsartikel, in dem sie Stellung nimmt zu einem Rundschreiben des Bundesvorstandes des Reichsbanners über das Verhältnis zur Alten Sozialdemokratischen Partei. Die höchste Instanz des Reichsbanners hat endlich das Licht der Wahrheit zwischen sich und den Altkommunisten, deren Fahrt in das Lager des Feindes der Republik ein immer rasenderes Tempo annahm. Es hat lange gedauert, bis dieser notwendige Schritt ergriffen wurde. Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...

Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911... Es hat allerdings lange gedauert, ehe der seitdem am 1. April 1911...